

Auch Kantone buhlen um die Chinesen

Wirtschaftspolitik Von der Seidenstrassenvereinbarung und dem Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China wollen auch die Kantone profitieren. Insbesondere Genf und Zürich.



Chefsache: Bundespräsident Ueli Maurer mit Chinas Staatschef Xi Jinping Ende April beim Staatsbesuch in Peking. Foto: Madoka Ikegami (AP, Keystone)

Philippe Reichen, Genf

Es war ein Coup. Der chinesische Rohstoffhändler Cofco verlagerte letztes Jahr seinen internationalen Hauptsitz nach Genf. Cofco ist ein riesiges Unternehmen. Im Auftrag der chinesischen Regierung produziert und kauft es auf dem Weltmarkt sogenannte «soft commodities». Cofco stellt Güter wie Zucker, Weizen oder Kaffeebohnen für ganz China bereit.

Bislang nicht bekannt war, wie Genf es geschafft hatte, Cofco von sich zu überzeugen: Am 13. Mai 2017 unterschrieb der Genfer Staatsrat Pierre Maudet in Peking ein Memorandum of Understanding (MOU), eine rechtlich unverbindliche Absichtserklärung. Damit drückte er Genfs Interesse an Cofco aus und sagte staatliche Hilfe zu.

Der «State of Geneva» werde für Cofco-Mitarbeiter Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen besorgen und diese in das Schweizer Umfeld integrieren, heisst es im MOU. Auch bei Verhandlungen für Steuerdeals will man helfen. Cofco stellt im MOU im Gegenzug einen Jahresumsatz von 50 Milliarden Franken in Aussicht. Die Summe ist sehr hoch. Gemäss Recherchen hat Cofco im letzten Jahr in Genf 40 Milliarden Franken Umsatz ausgewiesen. Die Aussicht auf beträchtliche Steuereinnahmen sollten den Kanton Genf wohl überzeugen.

Das MOU wurde der NGO Public Eye auf deren Gesuch hin vom Kanton Genf ausgehändigt. Die Organisation war bei Recherchen zum Schweizer Agrarhandelsplatz auf das MOU gestossen.

Oliver Classen von Public Eye sagt, Cofco habe zwar eine enorme Grösse, sei aber noch deutlich unbekannter und intransparenter als andere Genfer Agrarrohstoffhändler wie Cargill oder Louis Dreyfus. So wisse man fast nichts über deren Geschäftspraktiken, insbesondere was Vorkehrungen gegen Korruption und die Einhaltung der Menschenrechte in der Produktion angeht.

Maudet ist zufrieden

Public Eye hat das MOU dieser Zeitung übergeben. Das zweiseitige Papier zeigt, wie neben dem Bund derzeit auch Kantone die schweizerisch-chinesischen Handelsbeziehungen forcieren. Sie tun das unter demselben Label wie der Bund: der «Belt-and-Road-Initiative» (BRI). Die Schweiz engagiert sich, damit hiesige Banken in BRI-Projekte investieren und hiesige Versiche-

rungen solche Projekte versichern können. China investiert Milliarden in Infrastruktur in Asien, Afrika und Europa, um die Seidenstrasse wiederzubeleben.

Die Absichtserklärung zu Cofco hat der Genfer Staatsrat Maudet im Beisein von Bundesrätin Doris Leuthard unterschrieben, als diese für den ersten Seidenstrassen-Gipfel in Peking weilte. Nach einer Klausel zur Einhaltung von Produktions- oder Umweltschutznormen oder personalethische Standards sucht man in der Erklärung vergebens.

Staatsrat Maudet ist zufrieden. Cofco entwickle sich personell und finanziell prächtig und rascher als vom Kanton erwartet, teilt er mit. Genf habe MOU bislang nicht mit Firmen, sondern mit chinesischen Stadt- oder Provinzverwaltungen abgeschlossen. Sie würden den Partnern dabei helfen, die Funktionsweise

des Schweizer Systems zu begreifen – lokal wie national.

Maudets Anstrengungen haben Folgen. Mitte Woche wurde bekannt, dass die Bank of China eine Schweizer Banklizenz bekam und nach Genf zurückkehrte. Rund zehn Jahre nachdem sie ihre Geschäfte in Genf aufgegeben hatte. Die Rückkehr ist ein Zeichen dafür, dass China seine Rohstoffgeschäfte selbst finanzieren will. Mit der Agricultural Bank of China dürfte die nächste Bank bald folgen. Die gleichzeitige Anknüpfung von Banken und Rohstoffhändlern in Genf hatte man vor zwanzig Jahren schon im Fall der russischen Industrie beobachten können.

Zürich ist bereits weiter

Im Gegensatz zu Genf haben sich in Zürich längst chinesische Banken etabliert. Die China Construction Bank und die Industri-

al and Commercial Bank of China, eine der grössten Banken weltweit. Während Genf seinen Rohstoffhandelscluster zu ergänzen versucht, geht es den Zürchern darum, gezielt ihre Finanzindustrie zu stärken. Vor zwei Wochen weilte der Zürcher Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) mit einer Wirtschaftsdelegation aus Banken- und Versicherungsvertretern in die Region Guangdong und Hongkong.

Stocker's China-Reise hatte die Volkswirtschaftsdirektion organisiert. Deren Auskünfte zeigen, dass die Zürcher im chinesischen Markt mindestens ebenso zielgerichtet vorgehen wie die Genfer. Partnerschaften werden üblicherweise mit MOU und Letters of Intent formalisiert. Auch die Universität Zürich hat solche Vereinbarungen unterzeichnet.

Die Zusammenarbeit ist breit. Dazu gehören Finanzwirtschaft, Präzisionstechnik, Handel, Umweltschutz, Tourismus oder Maschinenbau, aber auch Stadt- und Raumentwicklung. In Zürich finden sogenannte Financial Round Tables und Finanztrainings für Kader aus Provinzverwaltungen statt.

«Dank der China Construction Bank wurde der Finanzplatz Zürich zu einer der europäischen Drehscheiben für den Offshore-Handel mit der chinesischen Währung Renminbi», sagt Beatrice Henes, Sprecherin der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Dank des Renminbi Clearings könnten Schweizer Unternehmen direkt in der chinesischen Währung abrechnen, was den Handel einfacher und sicherer mache.

Die Schweiz ist zentral für den Handel mit Agrarrohstoffen

Die Nichtregierungsorganisation Public Eye konzentrierte sich in ihren Recherchen zur Schweiz als wichtigem Handelsplatz für Rohstoffe bislang auf den Handel mit Energieträgern wie Rohöl oder Kohle sowie den Handel mit Edelmetallen. In ihrem neuesten Bericht liegt der Fokus nun aber auf dem Handel mit Agrarrohstoffen.

Untersucht wurden in diesem Zusammenhang die 16 wichtigsten Handelshäuser in der Schweiz. Zahlen aus dem Bericht zeigen, dass die Hälfte des weltweiten

Getreides, 40 Prozent des Zuckers und jede dritte Kakao- oder Kaffeebohne von Handelshäusern mit Sitz in Genf oder in der Zentralschweiz gehandelt werden.

Landraub und Korruption

Der Trend geht dahin, dass die im Handel reich gewordenen Unternehmen zunehmend eigenes Agrarland und Produktionsstätten erwerben. Sie können damit die gesamte Wertschöpfungskette abdecken. Durch ihre zunehmende Marktmacht seien sie immer mehr in der Lage, die

Preise zu bestimmen, schreibt Public Eye.

Die Organisation kommt zum Schluss, dass «die extreme Konzentration in diesem Sektor sowie dessen Ausdehnung in den Anbau von Agrarrohstoffen Hungerlöhne, Landraub und auch Korruption zur Folge hat». Weiter kritisiert Public Eye in ihrem Bericht, dass es zu Zwangs- und Kinderarbeit komme, den Einsatz von Pestiziden sowie die Zerstörung von Lebensgrundlagen durch Abholzung oder Landaneignungen. (phr)

Der Bundesanwalt im Zeugenstand

Justiz Michael Lauber musste im Verfahren gegen einen früheren Mitarbeiter und Russland-Experten aussagen.

Es ist ein ungewöhnlicher Platz, den Bundesanwalt Michael Lauber am Freitag einnehmen muss: vor dem Richter. Im Zeugenstand. Ungewöhnlich sind auch die Umstände der Verhandlung: Alle Beteiligten kennen einander gut, arbeiteten zusammen, sind per Du. Zeuge Lauber ist Vorgesetzter des Staatsanwalts aufseiten der Anklage. Lauber war indirekt auch Vorgesetzter des Polizisten Viktor K., der wegen Vorteilsannahme verurteilt wurde und das Urteil nun beim Bundesstrafgericht anfecht.

Tamedia hatte den bizarren Fall aufgedeckt: K. arbeitete formal bei der Bundeskriminalpolizei, war jedoch der Bundesanwaltschaft als Russland-Experte zugeteilt. 2017 wurde er nach einer von Vorgesetzten nicht genehmigten Reise nach Moskau entlassen, von der Bundesanwaltschaft angeklagt und wegen Vorteilsnahme zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt.

Bei den Ermittlungen hatte sich herausgestellt, dass K. zweimal mit einem russischen Staatsanwalt in einem Jagdrevier an der Wolga und zur Bärenjagd auf der Kamtschatka war. K. will die bedingte Verurteilung nicht akzeptieren. Er sieht seine Arbeit immer nur im Dienste des Staates, aber nun sei sein Leben zerstört.

Kaviar und Wodka

Was dürfen Vertreter der Staatsanwaltschaft im Kontakt mit ausländischen Kollegen annehmen, ohne sich der Bestechlichkeit verdächtig zu machen? Lauber spricht von «landesüblichen Gepflogenheiten». Wenn man nach Russland fahre, werde man zu üppigen Essen eingeladen: «Man kann ja nicht alles ablehnen.» Als aber Kaviar, Wodka und teures Porzellan als Geschenke in die Hotelzimmer geliefert wurden, habe er das zur Schweizer Botschaft bringen lassen.

Auch die Grosszügigkeit der Schweizer kommt zur Sprache. Spanische Staatsanwälte sollen zum Skifahren nach Zermatt eingeladen worden sein, russische Kollegen zu einer Konferenz ins Zürcher Hotel Baur au Lac. Im Gegenzug durfte eine Delegation der Bundesanwaltschaft inklusive Polizist K. im russischen Präsidentenflugzeug nach Moskau fliegen. Auch von einer Reise zu einer Konferenz nach Irkutsk ist die Rede, inklusive Vergnügungsfahrt auf dem Baikalsee. Lauber bestätigt: Es sei alles dokumentiert.

Wenn internationale Rechts-hilfe eine Frage von Geben und Nehmen ist – was bleibt vom Vorwurf der Vorteilsannahme gegen Viktor K.? Keiner der beiden Zeugen macht den Vorwurf, K. habe sich bereichern wollen. Lauber spricht von K.s «Sendungsbewusstsein»: Er sei manchmal übermotiviert gewesen. Nach K.s Darstellung habe die Bundesanwaltschaft von den Jagdausflügen gewusst. Nach der Moskareise habe Staatsanwalt Lamont gemeint: «Pas de problème». Lamont dementiert das und zeigt sich in seiner Aussage eher unwissend. Am Dienstag wird das Gericht entscheiden, wer glaubwürdiger ist.

Bernhard Odehnal, Bellinzona